

Ein Kriminologe, der keiner sein will

Gespräch¹ mit Heinz Steinert

Wer mit Heinz Steinert in den letzten Jahren gesprochen hat, wird bemerkt haben, dass er vehement bestreitet, Kriminologe zu sein. Das ist natürlich eine paradoxe Feststellung für jemanden, der wie Heinz Steinert im In- und Ausland zu den bekanntesten Kriminologen gehört. Er war Gründer und über zwei Jahrzehnte lang wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie, hat mehrere Fachzeitschriften gegründet und (mit)herausgegeben, hat mehr als 30 kriminologische Forschungsprojekte entworfen, geleitet und durchgeführt und war Gastprofessor an kriminologischen Instituten in Melbourne in Australien, Keele University in Großbritannien und zuletzt an der New York University. In den letzten Jahren hat er seine Zeit zwischen Frankfurt, Wien und New York aufgeteilt. 2000 hat er den Lifetime Achievement Award der Division of International Criminology der American Society of Criminology erhalten. Das alles, ohne Kriminologe zu sein? War er überhaupt jemals einer? Eigentlich nicht, meint er, schließlich habe er eine Professur für Soziologie und Sozialpolitik an der Universität Frankfurt. Seine neuesten Bücher machen zumindest deutlich, dass er heute seine Interessen anders sieht: in der Kultursoziologie, die er fest in der Frankfurter Tradition und vor allem Adornos Schriften verankern und damit wiederbeleben möchte.

Das Rätsel eines Kriminologen, der keiner sein will und der gleichzeitig in den 1960er Jahren auszog, die traditionelle Kriminologie das Fürchten zu lehren, möchte ich lösen. Ich treffe ihn in einem Wiener Kaffeehaus – wie es sich für jemanden gehört, der der Stadt mit der seit Karl Kraus bekannten wienerschen Hassliebe verbunden ist. Schließlich gibt es doch Kontinuität bei dem Nicht-Kriminologen Heinz Steinert, und ich entschieße mich, das Interview damit zu eröffnen.

Susanne Karstedt: In den 1970er Jahren hat der Bielefelder Soziologe Helmut Willke das Wort vom ‚austro-marxistischen Charme‘ geprägt, womit er explizit Deine theoretische Orientierung meinte. Wenn ich eine Kontinuität in Deiner Arbeit als Kriminologe und Nicht-Kriminologe entdecken will, dann würde ich sagen, dass Du an einer in den Grundzügen marxistischen Analyse der Verhältnisse von Gut und Böse, Recht und Strafe, kurz Kriminalität und Gesellschaft festhältst. Geht das heute noch? Kann man noch von Produktionsverhältnissen sprechen, wenn die Produktion ganz überwiegend nicht mehr hier zu Lande stattfindet, wenn die Globalisierung die Verhältnisse gründlich durchgerüttelt hat und das Schlagwort der Stunde ist? Lassen sich die Probleme, mit denen sich die Kriminologie befasst, immer noch auf diese

¹ Das Kriminologische Journal setzt hiermit die mit Fritz Sack in Heft 1/2002 begonnene Gesprächsreihe mit Persönlichkeiten der (Kritischen) Kriminologie fort. Die Unterhaltung wurde am 14. März 2003 in Wien anlässlich einer Tagung der GIWK von Susanne Karstedt geführt und für die Redaktion bearbeitet.

Weise fruchtbar angehen? Gibt es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen Produktionsweise und kriminologischer Theorie?

Heinz Steinert: Meine Behauptung ist, dass sich die Kriminologie mit den großen wirtschaftlichen Veränderungen in einer auffälligen Weise mitverändert. Es ist bei dieser so eindeutig angewandten Wissenschaft sehr offensichtlich, dass sie die zur jeweiligen Kontrollstrategiepassenden kriminologischen Wissensbestände liefert. Die zwei Beispiele, die wir gut kennen – auch aus persönlicher Anschauung – sind einerseits die fordistische Phase, also die Durchsetzung des Fordismus bei uns in den 1960er und 1970er Jahren mit den dazugehörigen kritischen Kriminologien und andererseits die derzeitige Phase des Neo-Liberalismus mit ihrer populistischen Kriminologie. Ich habe das immer so analysiert, dass das, was wir damals auch als kritische Kriminologen produziert haben, nicht vom Himmel gefallen ist, sondern sehr wohl etwas mit den damaligen Bedürfnissen der Produktionsweise, speziell mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts zu tun hatte. Damals gab es einen Bedarf an Arbeitskräften, und daher das Bedürfnis, möglichst alle Leute in den Arbeitsmarkt hinein zu ziehen, die Frauen voran, dann die Jugendlichen. Daher war Resozialisierung interessant, daher war es überhaupt interessant, möglichst wenig verurteilte Täter ins Gefängnis zu stecken, daher waren Strafrechtsreformen interessant. Infolgedessen war eine Kriminologie interessant, die strafrechtliche Normen kritisierte und zur Disposition stellte. Das hat die kritische Kriminologie getan, ebenso der Etikettierungsansatz, und beide zusammen waren die Ansätze, die damals zur wirtschaftlichen Situation gepasst haben.

Mit der Entwicklung des Neo-Liberalismus seit den 1980er Jahren haben wir das genaue Gegenteil bekommen. Es gibt zweistellige Arbeitslosenquoten, es gibt eine Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt, den Arbeitsmarkt möglichst zu bereinigen, die Menschen (auch nach unten) zu mobilisieren und sie – wenn es denn sein muss – an den Rand zu schieben. Zumindest sollen sie keine Kosten verursachen. Wir finden ferner auf allen Ebenen eine sehr sichtbare und wirtschaftspolitisch begründete Bereitschaft zur sozialen Ausschließung. Die nimmt verschiedene Formen an und muss nicht und kann auch nicht einfach darin bestehen, die Menschen in die Wüste zu schicken wie im Mittelalter, das funktioniert nicht mehr. Aber es kann Gettoisierung sein, es kann darin bestehen, dass man die Leute sich selbst überlässt, es kann auch eine Politik des Einsperrens wie etwa in den USA sein. Wenn eine solche Politik das Ausmaß annimmt, das sie dort hat, dann wird sie selbst zum wirtschaftspolitischen Faktor.

Die Kriminalpolitik passt sich an und wir können gleichzeitig beobachten, dass sich die Kriminologie als Wissenschaft ebenso anpasst. Sie hat die entsprechenden Versatzstücke zur Verfügung gestellt: „Just desert“ zum Beispiel oder die Theorie der „Broken Windows“, die rechtfertigt, die Kriminalisierung weit nach unten in den Bagatellbereich auszudehnen. Sie hat eine Theorie wie die „control theory“ oder General Theory of Crime geliefert, die von ihren grundlegenden Annahmen her die Verantwortung deutlich wieder auf die Leute schiebt, denen es angeblich an Selbstkontrolle mangelt. Man kann deutlich sehen, wie sich die jeweils herrschende Kriminologie den Bedürfnissen anpasst, die aus der wirtschaftlichen und sozialen Situation heraus artikuliert werden oder durch sie gegeben sind.

S.K.: Deine Argumente beziehen sich sehr stark auf den Arbeitsmarkt, eine der besten Traditionen in der Kriminologie seit Rusche und Kirchheimer. Könnte es nicht sein, dass viele dieser Entwicklungen weniger mit dem Arbeitsmarkt als z.B. mit dem Beginn der Konsumgesellschaft zu tun hatten? Nehmen wir einmal die Tendenzen der Entkriminalisierung, die ohne Zweifel ausgeprägt waren und für die sich auch kritische

Kriminologen eingesetzt haben: die Entkriminalisierung des sexuellen Verhaltens, Entkriminalisierung des Konsums, vor allem des Drogenkonsums, ferner, wenn auch problematischer, Entkriminalisierungen im politischen Strafrecht, vor allem der Meinungsäußerung und der Pressefreiheit. Als Soziologin würde ich sagen, das ist auch durch den Übergang zur postmaterialistischen Kultur bestimmt. Die Konsumgesellschaft hat ihre eigenen Regeln.

H.S.: Das ist alles nicht ganz so einfach. Ich habe das immer als die jeweils herrschende Arbeitsmoral konzipiert, nicht einfach als den Arbeitsmarkt. Arbeitsmoral umfasst immer Vorstellungen oder auch Normen, wie zu arbeiten ist und gegen welche Entlohnung. Entlohnung in der Konsumgesellschaft heißt: konsumieren zu können, kaufen zu können. Die damalige Arbeitsmoral war also „arbeiten, um möglichst gut zu leben“. Man kann eine Reihe von den Entwicklungen, die Du gerade aufgezählt hast, sehr gut verstehen, indem man sie als eine Politik begreift, die an diesem Endpunkt, dem kriminalisierbaren Bereich der Arbeitsmoral ansetzt um sicher zu stellen, dass die Freizeitgesellschaft – meinetwegen nennen wir es Konsumgesellschaft – möglichst unbehindert – auch ideologisch unbehindert – gelebt werden kann. Der Arbeitsmarkt ist nur die eine Seite. Die andere Seite ist, dass die Freiheit des Konsumierens nicht eingeschränkt werden soll, inklusive der sexuellen Freiheit.

S.K.: Wir sind ja beide bekannt für unsere Hartnäckigkeit. Ich meine hier eher Veränderungen unseres gesamten Lebensbereichs, wie David Garland sie in seinem Artikel „The Culture of High Crime Societies“ geschildert hat. Dazu gehören die Selbstbedienungsläden mit einem ganz natürlich erhöhten Anteil an Ladendiebstählen. Dazu gehören die neuen Formen des massenhaften Individualverkehrs, der die Innenstädte verödet hat und damit die öffentliche Sicherheit für die Bevölkerung zu einem Problem gemacht hat. Für alle diese Entwicklungen ist „Arbeitsmoral“ ein brauchbares analytisches Konzept?

H.S.: Für mich ist „Arbeitsmoral“ das theoretische Konzept, mit dem man das fassen kann. Wenn man von dieser Perspektive her unser Feld prüft, dann erscheint einem die Kriminologie als eine Wissenschaft, die sehr sensibel auf die jeweiligen Umstände reagiert und die man, wenn man so will, auch als opportunistisch bezeichnen könnte. Sie produziert die Ideologie, die in der jeweiligen sozioökonomischen Situation benötigt wird.

S.K.: Das sind schon sehr zwingende Argumente. Beispiel Kontrolltheorie: Es kann kein Zufall sein, dass sie in der Blütezeit des Neoliberalismus aufkam, als es in den USA und den europäischen Ländern in der Diskussion um den Wohlfahrtsstaat tatsächlich darum ging, die Selbstkontrolle der Menschen zu aktivieren. Arbeitsmoral in Deinem Sinne hieße hier also, dass die Bürger selbst verantwortlich sind, sich selbst kontrollieren und damit auch produktiv sind?

H.S.: ... wir nennen das „Arbeitskraftunternehmer“.

S.K.: Sind das nicht Forderungen, die in jeder Gesellschaft erfüllt werden müssen, unabhängig von der jeweiligen Produktionsweise und Arbeitsmoral?

H.S.: Ja, aber es geschieht eben in verschiedenen Wirtschaftsphasen unterschiedlich und das, denke ich, ist der interessante Punkt. Daran hängen dann auch die ideologischen Entwicklungen, von denen Kriminologie nur eine ist. Daraus ergibt sich nämlich eine weitere Kritik an der Kriminologie, dass sie in diesem Opportunismus ihren Gegenstand falsch zuschneidet und bestimmt. Schon die Tatsache, dass wir Kriminalität als einen so isolierten Forschungsbereich oder auch als eigenen Politikbereich verstehen, ist ein Teil des Unglücks der Kriminalpolitik und damit auch der Krimi-

nologie. Umgekehrt gesagt, die Kriminologie, die sich ihren Gegenstand so zugeschnitten hat, ist daran beteiligt, diese falsche, eingeengte Betrachtung zu perpetuieren. Sie arbeitet kräftig daran, sich nicht ausweiten zu lassen. Wir können aus der Soziologie ja viele Argumente und Beispiele – von Durkheim bis heute – dafür bringen, dass man Kriminalität nicht als ein festgeschriebenes Phänomen erklären kann. Man muss die Betrachtung ausweiten, und dafür gibt es verschiedene Vorschläge. Wenn man etwa Kriminalität als ein Problem der Sicherheit versteht, kommt man sehr schnell darauf, dass man den Begriff Sicherheit weit über Kriminalität hinaus ausdehnen muss, wenn man ihn ernst nimmt.

S.K.: Kann man das nicht auch umgekehrt sehen? Ist Kriminalität – und ich denke, das ist seit Durkheim eine entscheidende Methode soziologischer Analyse – nicht ein Thema und Forschungsgebiet, von dem aus man eine bestimmte gesellschaftliche Entwicklung sehr gut auf den Punkt bringen kann? Bieten sich nicht gerade Kriminalität und Kriminalitätskontrolle eigentlich an, um diese Gesellschaft auszuleuchten (wie David Nelken einmal geschrieben hat) und zu zeigen, wie sie in ihren Mechanismen funktioniert?

H.S.: Ja, das war schon die Idee der Moralstatistiker im 19. Jahrhundert. Nur meine ich, dass sich Kriminalität in diesem allgemeinen Sinn relativ schlecht dazu eignet. Dazu wissen wir zu genau, wie Kriminalstatistiken zustande kommen. Das ist ein sehr komplizierter Indikator, wenn überhaupt einer.

S.K.: Jeffrey Alexander hat einmal, übrigens in „einem kultursoziologischen Entwurf“ gesagt, dass „der Konflikt zwischen Gut und Böse innerhalb der Kultur als innerer dynamischer Prozess (funktioniert) ... Repression, Ausgrenzung und Herrschaft sind Teil des innersten Kerns eines Wertesystems“. Dazu sollte die Kriminologie nichts beizutragen haben?

H.S.: Damit ginge man aber weit über die Kriminologie hinaus. Ich glaube, es wird dann sehr schnell klar, dass die größeren Probleme mit „Gut und Böse“ natürlich nicht in der Kriminalität liegen, sondern ganz woanders. Da handelt es sich um Krieg und Frieden, um Fragen von Politik und Moral, oder auch von Sozialpolitik, Vernachlässigung und sozialer Ausschließung. Da tun sich viele Felder auf, auf denen man das bearbeiten müsste. Da zeigt sich dann, dass der Einstieg über die Kriminalität zwar möglich wäre, aber uns schnell dazu führt, dass wir dieses Gebiet verlassen und es zu einer Soziologie – möglicherweise des moralischen Urteils – ausweiten. Oder was mich dann mehr interessieren würde: zu einer Soziologie der sozialen Ausschließung. Ich denke, dass in den gesellschaftlichen Bildern von Kriminalität und in der Praxis des Umgangs mit Kriminalität sehr stark vermittelt wird, man könne Probleme damit lösen, dass man eine Person wegschafft, sei es auf Zeit, sei es ganz. Wir sehen sofort die Ausweitung dieser Denk- und Praxisfigur: Die Themen sind dann Rassismus, Sexismus, Nationalismus, Antisemitismus, Xenophobie, religiöses Eiferertum, aber auch Verachtung von Alter oder Handarbeit oder Armut, zusammengefasst: Herrenmenschentum. Das sind Probleme, die uns aus dem engen Bereich von Kriminalität hinausführen und die tatsächlich untersucht werden müssen.

S.K.: Das ist ein weites Feld und gleichzeitig eine – sagen wir mal – enge Perspektive. Damit wären wir in der Tat bei einer Soziologie der moralischen Ordnung – oder besser, der moralischen Über- und Unterordnung – angelangt. Für meinen Geschmack gehst Du zu rasch zu Problemen der Ausschließung über, vor allem zu deren institutioneller Komponente in Form von Strafrecht und Strafjustiz. Gerade bei den Themen, die Du angeschnitten hast, geht es doch auch darum, wie Menschen

moralische Grenzen ziehen, wie sie die Unterscheidungen zwischen Gut und Böse vollziehen und welche (Handlungs-)Schlüsse sie daraus ziehen. Was ist ihre Motivation? Du hast heute² selbst gesagt, dass Menschen auch Spaß daran haben, Gesetze zu übertreten, eine oft vernachlässigte Komponente in der Kriminologie. Was denken Menschen da eigentlich, wenn sie moralische und gesetzliche Grenzen überschreiten? Ist das keine wichtige Frage für Dich?

H.S.: Man soll das auch bei den Leuten selbst nicht übertreiben. Der Spaß an der Kriminalität hält sich meistens in Grenzen. Das sind auch für die Täter ziemlich unangenehme Situationen. Im Übrigen ist das ein empirischer Gegenstand und für mich keine theoretische Frage. Keine Frage, das kann man sich anschauen und muss man sich vielleicht anschauen, wenn man sich wie ich z.B. dafür interessiert hat, wie verschiedene Reaktionen auf spezifische Konflikte und bestimmte Formen, wie diese Konflikte ausgetragen werden, zustande kommen. Wie entsteht eine Anzeige? Da sind diese Befindlichkeiten interessant, wichtig und entscheidend dafür, wie man sich verhält. Kriminologie definiert sich aber nicht so. Mir war die Viktimologie z.B. immer zu einseitig, weil sie alles nur aus der Perspektive des Opfers aufrollt. Man muss sich zumindest die Interaktion anschauen, und ich finde es ausgesprochen schade, dass solche Konzepte wie „victim precipitation“ so an Bedeutung verloren haben. Als theoretisches Konzept wäre das nach wie vor interessant und zu untersuchen. Da hat die Viktimologie einiges beiseite geschafft, zum Schaden auch dieser Wissenschaft.

S.K.: Das hat die Viktimologie nicht davon abgehalten oder sie geradezu darin beflügelt, zu der größten und wichtigsten Reformbewegung der letzten zehn Jahre zu werden, nimmt man einmal „Restorative Justice“ hinzu. Kritische Kriminologen vor allem in den USA und in Großbritannien sehen allerdings mit Sorge, dass aus der Viktimologie jene ideologischen und justizpraktischen Begründungen und Instrumente kommen, die die punitive Wende in diesen Ländern eingeleitet haben und sie befördern. Punitiver Populismus gründet sich ganz eindeutig auf die Sympathie mit dem Opfer. Mein Kollege Richard Sparks ist der Auffassung, dass in der postmodernen Gesellschaft die Sympathie mit dem Opfer eines der ganz wenigen solidarischen Bande ist, die der Gesellschaft geblieben sind.

H.S.: Ich würde es eher im Zusammenhang mit der Politik des „Viktimumismus“ sehen, die ich als Teil der Entwicklung hin zu einer populistischen Politik analysiere. Viktimumismus ist eine merkwürdige politische Figur, die im Gegensatz zu dem steht, was man früher als Interessenpolitik bezeichnet hat. Im Rahmen von Interessenpolitik werden politische Forderungen gestellt, weil die betreffende Gruppe stark ist und sich durchsetzen kann, und weil sie meint, dass sie Anrechte hat und die zukünftige Gesellschaft gestalten kann – wie die Arbeiterbewegung. Das ist das genaue Gegenteil von Viktimumismus. Viktimumismus ist geprägt von einer anderen Argumentationsfigur: Ich verdiene Berücksichtigung, weil ich so arm und schwach bin, mir ist so Schreckliches angetan worden. Es ist eine Politik, die allerdings den Preis hat, dass man sich selber zum Opfer stilisieren muss. Man muss darstellen, dass die eigene Gruppe in der Vergangenheit schlecht behandelt wurde und dass das jetzt wieder gut gemacht werden muss. Das ist eine Politik der Schwäche und ein sehr seltsames und auch hoch riskantes Vorgehen. Normalerweise löst Schwäche in der Politik die Reaktion aus, dass man nicht beachtet wird und dass sich die entsprechenden Forderungen nicht

2 Im Rahmen der GIWK-Tagung in Wien, März 2003, hielt Heinz Steinert einen Vortrag „Die Kriminologie hat keine Fehler, sie ist der Fehler“

durchsetzen lassen. Politik ist herkömmlich ein Spiel, das eben nicht mit moralischen Forderungen arbeitet, sondern mit sehr realen Interessen, die man als gemeinsame ausgibt. Die Politik des Viktimismus ist daher auch für die Menschen prekär, die mit entsprechenden Forderungen auftreten.

S.K.: Ich muss schon sagen, dass Du mich als Interviewerin und Kriminologin hier ziemlich ratlos zurücklässt. Wie kann man das zusammenbringen, auf der einen Seite den Arbeitskraftunternehmer und auf der anderen Seite die Politik des Viktimismus? Und vor allem, wie lässt sich das alles unter dem Dach der „Arbeitsmoral“ miteinander verbinden? Für mich gibt es im Augenblick vor allem in der britischen Kriminologie viele spannende und sehr unterschiedliche Ansätze. Wenn ich allerdings Revue passieren lasse, wie hart Du hier und in vielen Büchern und Aufsätzen mit der Kriminologie und Kriminologinnen ins Gericht gegangen bist, dann bleibt wenig anderes als Pessimismus. Da kann man nur sagen: Thema verfehlt, „fünf“, setzen. Wie sieht denn eigentlich Deine Kriminologie aus? Zwei Fragen: Wie sähe sie aus, und hast Du diese Kriminologie irgendwann einmal verwirklicht oder bist dem nahe gekommen, selbst wenn sie nicht ganz zu realisieren war?

H.S.: Ich hab mich ja mit gutem Grund nie als Kriminologen verstanden, sondern mich hat die Kriminologie immer als Gegenstand interessiert; das gilt übrigens genauso für die Soziologie. Ich werde auch nie von mir sagen, ich bin Soziologe, so stolz und ungebrochen, sondern mich interessiert Soziologie als Gegenstand. Mich interessiert das als Denktradition und damit beschäftige ich mich. Daher kann ich sie auch lehren, weil ich sie als Denktradition gut kenne. Ich will meinen Studenten die Soziologie vorführen. Das trifft für die Kriminologie noch viel stärker zu. Ich habe mich dort nie hineinbegeben und mich daher nie identifizieren müssen.

Ich finde, dass die Kriminologie eine so faszinierende Wissenschaft ist, genau weil sie so angewandt ist und diese engen Verklammerungen mit der Praxis hat. Daher führt sie uns vor Augen, wie Wissenschaft mit den gesellschaftlichen Kräften verbunden und in sie eingebunden ist, und – gerade für den Fall der Kriminologie –, wie sie ihnen einfach nur zuarbeitet. Und natürlich hat's – und damit bin ich auch groß geworden – eine Bewegung gegeben, die versucht hat, eine Soziologie und damit Kritik der Kriminologie zu betreiben. Ich halte daher auch daran fest, dass kritische Kriminologie nicht innerhalb der Kriminologie stattfinden kann, denn kritische Kriminologie ist das Nachdenken über Kriminologie, so wie es auch Stan Cohen als Titel formuliert hat: „Against Criminology“ und nicht „For Criminology“. Das heißt, unsere Aufgabe ist es – und die ist die eigentlich interessante –, diesen Typ von Wissen zu analysieren, wie es historisch zustande gekommen ist, wie es funktioniert, was dabei im Detail produziert wird und wie dieses Wissen wiederum in gesellschaftliche Abläufe hineinfindet und hineingezogen wird. Auf diese Weise möchte ich den Bereich von Verbrechen und Strafe untersucht sehen, der mich auch deshalb interessiert, weil diese Institution aus demokratie-politischer und demokratie-theoretischer Perspektive sehr problematisch ist.

S.K.: Warum problematisch?

H.S.: Es ist eine Institution, die explizit dazu da ist, staatlicherseits den Bürgern Schaden zuzufügen. Und zwar ganz gezielt – das ist ja kein Geheimnis, da braucht man nichts großartig zu analysieren. Schließlich wird vom Strafübel gesprochen – die Juristen sind da ohnehin viel offener als die Sozialwissenschaftler. Das ist etwas, was mir einfach als Staatsbürger nie eingeleuchtet hat, wieso wir einen Apparat dafür schaffen, uns gegenseitig Schaden zuzufügen. Das kann nicht die Aufgabe des Staates sein. Die Infrastruktur ist dazu da, das Leben leichter zu machen, nicht manchen das Leben

schwer zu machen. Das ist dann einer der Hintergründe, warum mich diese Institution besonders interessiert. Man könnte das an anderen Institutionen auch zeigen: Die Psychiatrie ist mindestens genauso interessant, die Pädagogik oder auch die Doktrinen, mit denen gerechtfertigt wird, dass Staaten einen Militärapparat haben und gegeneinander Kriege führen. Das alles wären auch Gegenstände – mit denen ich mich übrigens auch beschäftigt habe –, ich habe das in meiner eigenen Arbeit nie so eng gesehen. In dieser Form interessiert mich Kriminologie und ich glaube, in dieser Form lässt sich kritische Kriminologie auch betreiben.

S.K.: Demnach wären diese Institutionen der alleinige Gegenstand der Kriminologie?

H.S.: Es ist unausweichlich, sich mit ihnen zu beschäftigen. Ich habe im Übrigen und im Gegensatz zu vielen auch nie eine Scheu gehabt, mich mit den persönlichen Konflikten, Problemen und Schwierigkeiten der Leute zu beschäftigen, die zu einer Anzeige von Kriminalität bei der Polizei führen. Ich sehe überhaupt nicht, warum man diesen Gegenstand ausschließen soll. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden sich anzuschauen, in welchen Lebenslagen solche Konflikte besonders häufig auftreten oder welche Konstellationen eine Anzeige besonders wahrscheinlich machen, während unter anderen Bedingungen dasselbe Problem ganz anders bewältigt wird. Im Gegenteil, ich glaube, es ist ganz besonders wichtig sich genau anzuschauen, wie denn unter günstigeren Bedingungen solche Konflikte sehr wohl anders gelöst werden können. Das war mir auch immer interessant, sozusagen den best case zu finden und als Vorbild zu nehmen. Aus diesem Grund muss man sich anschauen, wie die Oberschicht mit den Problemen umgeht. In den bevorzugten Positionen der Gesellschaft werden ja genau die Möglichkeiten vorgeführt, wie man Dinge in einer vertretbaren Art bewältigen kann, während man für weiter unten gewöhnlich autoritäre Formen findet. Daher sollte man sich durchaus zum Vorbild nehmen, wie z.B. das Steuerrecht mit Steuerhinterziehung umgeht und das dann darauf übertragen, wie ein Staat generell mit seinen Bürgern umgeht, die eine Regel verletzt haben. Das wäre für alle Beteiligten sehr nützlich.

S.K.: Du weißt sicherlich, dass John Braithwaite auf der Grundlage seiner Forschungen zur Wirtschaftskriminalität und aus eben diesen Gründen vorgeschlagen hat, die Kriminologie in einer „Regulationswissenschaft“ aufgehen zu lassen. Wäre das eine Idee, mit der Du Dich anfreunden könntest? Ich merke schon, ich will die Kriminologie doch verteidigen.

H.S.: Das sind alles Versuche. Ich glaube, alle Versuche, positiv mit der Kriminologie umzugehen, können nur darin bestehen, dass man den Bereich ausweitet. Wo immer man eine kriminologische Fragestellung hat, muss man, um sie sinnvoll bearbeiten zu können, einen größeren Bereich aufmachen. Das ist einer meiner „Stehsätze“: Die Kriminologie ist zu eng geschnitten. Sie müsste als Wissenschaft viel breiter sein.

S.K.: Reichlich interdisziplinär ist sie ja schon!

H.S.: Nein, hier geht es um die eigentlichen Fragen, die in der Enge von „Verbrechen und Strafe“ immer zugedeckt werden. Zum Beispiel die Frage, welche Unsicherheiten, welche Schädigungen erleben wir? Die größten Schäden, die Menschen im Leben erleiden, sind üblicherweise nicht die kriminellen Machenschaften anderer, sondern die fügt ihnen z.B. der Staat zu.

S.K.: ... oder ihre Nächsten und Liebsten.

H.S.: Genau ... Ich glaube, wo immer man ansetzt, kommt man darauf, dass man einen breiteren Begriff braucht und dann schließlich etwas anderes untersucht, als die Kri-

minologie als Gegenstand vorgibt. Nimm das Problem der Sicherheit: die Anstrengungen, mit denen Menschen versuchen, Sicherheit herzustellen, und die sie unternehmen, um unsichere Situationen zu vermeiden. Das führt ganz weit aus der Kriminalität heraus, und nur in einem solchen ausgeweiteten Rahmen macht dann auch die Frage nach Kriminalität oder nach dieser spezifischen Form der Bewältigung, indem der Staat angerufen wird, um für Sicherheit zu sorgen, überhaupt einen Sinn.

S.K.: Das hört sich ja jetzt, sehr zugespitzt, ein wenig nach einer kommunitaristischen oder zivilgesellschaftlichen Wende für die kritische Kriminologie an, wie sie auch von anderen kritischen Sozialwissenschaftlern vollzogen wurde. Soll dieser Bereich gestärkt und der Staat zurückgedrängt werden?

H.S.: Ich habe mich jedenfalls damit beschäftigt. Die meisten Probleme, die wir haben, bewältigen wir ohnehin ohne Staat. Daher sollte man sich immer wieder anschauen, ob da nicht Strategien zu finden sind, die sehr viel schonender sind als der doch sehr prekäre Zugriff, den man dem Staat erlaubt oder zu dem man ihn sogar auffordert.

S.K.: Wie stehst Du denn dann zu der neuen Bewegung der „Restorative Justice“, die im Augenblick die einflussreichste Reformbewegung in der Kriminalpolitik ist, und zwar weltweit?

H.S.: Wir waren mit unserem Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie jedenfalls in Österreich von Beginn an daran beteiligt, Konfliktregelung ins Strafrecht hineinzubringen. Ich glaube, dass das ein interessanter Versuch war, die Grundlogik dieser staatlichen Intervention zu verändern. Das bedeutet, sie nicht auf Schuld, Verbrechen und Strafe zu gründen, sondern auf die Denkfigur von Konflikt, Ausgleich und Versöhnung.

S.K.: Nicht Schuld und Wiedergutmachung?

H.S.: Damit bin ich schon wieder nicht mehr so glücklich. Es ist ja tatsächlich passiert, dass diese Logik ganz genau wieder in die Logik des Strafrechts eingefügt worden ist, und damit die Wiedergutmachung als eine Art Strafe verstanden wird. Als pragmatischer Mensch würde ich sagen, das ist eine mir sympathischere Strafe, als wenn der junge Mann eingesperrt wird, aber es ändert an der Logik von Schuld und Strafe gar nichts. Der interessantere und radikalere Versuch ist schon, die ganze Logik aufzusprengen. Das wäre drin gewesen, war aber kaum in der Praxis durchzusetzen.

S.K.: Kann man denn ohne die Frage nach Schuld und Sühne, Wiedergutmachung auskommen? Ist es möglich, das ausschließlich als Konflikt oder Konfliktlösung zu bezeichnen?

H.S.: Nein, es ist nicht alles Konflikt. Häufig gibt es kein Gegenüber, oder besser: kein unmittelbares Gegenüber. Selbstverständlich gibt es Schuldgefühle – das ist eine soziale Emotion, die durchaus wichtig und auch interessant ist. Aber die Frage ist ja vielmehr, ob der Staat das Recht hat, deshalb Schäden zuzufügen, was eben Strafe heißt. Natürlich muss mit Schuld etwas geschehen, aber ich weiß nicht ob und wieviel das den Staat etwas angehen muss.

S.K.: Im Grunde hat sich der Staat aus dieser Emotionalität zurückgezogen. Er verlangt nicht von uns, dass wir Emotionen zeigen. In einem Gerichtsverfahren ist es uninteressant, ob die Reue der Angeklagten echt oder gespielt ist. Es gibt formale Zeichen der Reue und die können festgestellt werden. In Gesellschaften, die damit stärker operieren, wie z.B. in Japan, gibt es ritualisierte Formen der Reue, bei denen es sich ebenso erübrigt, festzustellen, ob sie authentisch waren. Ich halte es für eine

wichtige Errungenschaft des modernen – übrigens auch demokratischen – Staates, dass er den Sündern nicht ins Herz gucken will. Dafür gibt es andere Einrichtungen.

H.S.: D'accord. Es war sicher eine ganz wichtige aufklärerische Entwicklung, dass wir den Staat als moralische Instanz ablehnen.

S.K.: *Wenn Du für einen radikalen Rückzug des Staates aus dem Bereich „Verbrechen und Strafe“ plädiert, wie siehst Du dann die Rolle des Staates in der Garantie eines Mindestmaßes an öffentlicher Sicherheit und im Zusammenleben der Bürger? Ist er da auch weitgehend überflüssig? Das ist eine wichtige Frage für britische Kriminologen. In Großbritannien will sich der Staat auch aus Kostengründen soweit wie möglich zurückziehen und es den Bürgern überlassen, was sie selbst unternehmen. Gleichzeitig huldigen die Politiker wie in wenigen anderen europäischen Ländern dem punitiven Populismus. Mein Kollege Tim Hope hat festgestellt, dass diese Sicherheitspolitik, die auf Sicherheit als kollektives Gut verzichtet, die soziale Ungleichheit und Ausschließung erheblich verschärft.*

H.S.: Das ist auch wieder eine empirische Frage. Sicherheitsansprüche und Sicherheitsanforderungen sind ausgesprochen variabel, und sie haben offenbar in den Jahrzehnten, die wir überblicken, enorm zugenommen. Die Frage der ungleichen Verteilung von Risiken und Sicherheit ist natürlich eine wichtige Frage, die untersucht und dokumentiert werden muss. Allerdings brauchen wir nicht zu entscheiden, was der Standard an Sicherheit ist, der jeweils gesellschaftlich gilt, sondern wir haben ihn festzustellen. Es ist Teil der populistischen Politik, eine Form der Sicherheit zu versprechen, die tatsächlich von niemandem zu leisten ist und vom Staat schon gar nicht. Es ist eine der Lügen in der Kriminalitätsbekämpfung, dass gesagt wird, solche Maßnahmen produzierten Sicherheit. Man kann sehr schnell zeigen, dass das tatsächlich so nicht stimmt und für diejenigen, denen es besonders versprochen wird, schon gar nicht. Erstens wird Kriminalität nicht verhindert und zweitens fällt die Kriminalitätsbekämpfung ja genau denselben Leuten auf den Kopf, denen damit Sicherheit versprochen wird. Diese politische Lüge aufzuzeigen ist übrigens auch etwas, was wir tun können, auch mit unserer empirischen Arbeit.

S.K.: *Du hast in Deinem Vortrag heute die USA als ein Beispiel für Populismus und populistische Entwicklungen genannt, und hast Dich in den letzten Jahren viel damit beschäftigt. Damit warst Du ein Vorreiter der Entwicklung in Deutschland. Warum ist der Populismus derzeit ein so wichtiges Thema für die Kriminologie?*

H.S.: Damit komme ich auf den Anfang unseres Gesprächs zurück. Die neo-liberale Entwicklung hat zugleich – und natürlich nicht ganz zufällig – eine Entwicklung in der Politik eingeleitet, die ich als populistische Struktur beschreibe. Populismus ist keine Eigenschaft nur von rechtsradikalen Parteien – wie es bei uns lange diskutiert wurde –, sondern er ist ein Merkmal, das inzwischen die Politik insgesamt bestimmt. Keine Partei kann sich dem entziehen. Am auffälligsten ist dies bei den traditionellen Arbeiterparteien, weil sie in ihrer Geschichte eine lange Phase hatten, in der sie Interessenpolitik betrieben. Und das sehe ich als Gegensatz.

S.K.: *Das wurde schon in Deiner Gegenüberstellung von Viktimismus und Arbeiterbewegung deutlich. Wie siehst Du diesen Gegensatz zwischen Interessenpolitik und Populismus?*

H.S.: Populismus ist dadurch gekennzeichnet, dass er versucht Interessengegensätze zu überbrücken und zu verschleiern, Zustimmung über die Interessenpositionen hinweg zu organisieren, am liebsten über die ganze Nation hinweg. Daher ist die klassische populistische Situation die Kriegserklärung, wenn die gesamte Nation gegen

einen äußeren Feind zusammengeschlossen wird. Im Gegensatz dazu geht Interessenpolitik selbstverständlich davon aus, dass es innerhalb einer Gesellschaft unterschiedliche und gegensätzliche Interessen gibt, praktisch in jeder politischen Frage. Interessenpolitik ist darauf gerichtet, Zustimmung für eine möglichscheinlichste Interessenposition zu finden. Das kann dann oder muss sogar in der Folge mit den anderen Interessen abgeglichen werden und wird daher üblicherweise zu Kompromisslösungen führen. Die machen möglicherweise keinem der Beteiligten mehr die richtige Freude, aber es gelingen ja gelegentlich auch gute Kompromisse. Interessenpolitik hält an diesen Gegensätzlichkeiten fest und verliert sie nicht aus dem Auge, ist aber bereit, dann im weiteren Prozess Zugeständnisse zu machen und sich den Notwendigkeiten der realen Politik zu beugen. Dagegen versucht populistische Politik darüber hinweg zu gehen, die Interessenpositionen möglichst gar nicht mobil oder bemerkbar werden zu lassen.

S.K.: Das scheint mir eine sehr staatstragende Form von Populismus zu sein, die Du hier entwirfst. Nach meinen Beobachtungen ist der derzeitige Populismus in den USA und in Großbritannien, vor allem auch in seiner punitiven Komponente, klar durch eine anti-etatistische und anti-institutionelle Haltung geprägt, gegen big government in Washington und gegen eine Justiz, die angeblich abgehoben vom Willen der Bevölkerung urteilt.

H.S.: Das ist ein anderer Begriff von Populismus. Es hat populistische Parteien gegeben, die sich selbst so bezeichnet haben, damit aber etwas anderes gemeint haben. Sie haben sich als Parteien der Kleinen Leute verstanden. Diese Bedeutung ist für die politikwissenschaftliche Analyse ganz unbrauchbar und völlig irreführend. Das Volk kann nicht populistisch sein. Nur Berufspolitiker und Führer-Aspiranten sind das. Wenn man sich dagegen auf die Politikformen konzentriert, kann man einen Populismusbegriff entwickeln, der trennscharf ist und mit dem man etwas anfangen kann. Das ist mir für unser Thema wichtig, weil Kriminalität sich derzeit als ein Thema herausgestellt hat, mit dem sich ausgesprochen gut populistische Politik machen lässt und mit dem man vor allem quasi Kriegserklärungen machen kann: so im „war on crime“ oder „war on drugs“. Daran zeigt sich genau der Versuch, eine möglichst breite Zustimmung über Interessenpositionen hinweg zu organisieren. Das hat in den USA Tradition, wo es nie so stark polarisierte Parteien gegeben hat, sondern eigentlich immer Volksparteien, wenn auch mit leichten Unterschieden im Spektrum. Politik ist dort immer schon populistisch organisiert gewesen.

Eine weitere neue Entwicklung, die im Augenblick besonders gut sichtbar ist, ist die Aushebelung des Wahlmechanismus. Das geschieht, indem politische Techniken entwickelt werden, Wahlkämpfe von den vier Jahren Politik, die vorher gemacht wurde, abzulösen. Der Wahlvorgang wird dann zu einem eigenen politischen Vorgang und ist nicht mehr eine Abrechnung mit der vorherigen oder die Wahl einer zukünftigen Politik. Er wird ein eigener Mechanismus, indem man mit möglichst raffinierter Werbetechnik versucht, Stimmen zu maximieren. Zugleich wird – selbst im Fall eines Regierungswechsels – sehr wenig an politischem Personal ausgewechselt. Das hat zur Folge, dass sich Politik weiter von der demokratischen Basis löst, genauso wie beim populistischen Versuch, über Interessengegensätze hinweg Zustimmung zu organisieren. Nach meiner Analyse hängt die Politisierung von Kriminalität, wie wir sie in den letzten 20 Jahren erlebt haben, mit dieser Politikform zusammen, und nicht primär damit, dass sich die Kriminalität so schrecklich verändert hätte. Klar ist, dass man mit solcher Politik auch reale Erfahrungen ansprechen können muss, irgendeine Basis muss schon vorhanden sein. Der entscheidende Punkt ist aber, was man damit macht.

S.K.: Da bin ich wieder leicht verwirrt. Primat hat für Dich die Veränderung der politischen Strukturen, aber Du gibst auch zu, dass es da irgendeine Basis an Erfahrungen in der Bevölkerung gibt, die mit Kriminalität zu tun haben. Es gibt aber auch andere und wenig schöne Erfahrungen, wie z.B. Arbeitslosigkeit, und viele rechnen hohe Steuern, das Gesundheitswesen, die Schulen und leider auch Immigration dazu. Warum wird ausgerechnet jetzt Kriminalität zum Aufhänger für Populismus?

H.S.: Das ist die Feinderklärung, die da drin steckt. Es ist eben eine Feinderklärung nach innen.

S.K.: Deshalb also die Bedeutung der Kriegserklärung für den Populismus.

H.S.: Feinde zu haben ist eine wichtige Voraussetzung für Populismus. Weiterhin: Die Institution „Verbrechen und Strafe“, um die Kriminologie wieder aufzunehmen, hält sehr zentral an sozialer Ausschließung fest, verwaltet sie und hält sie als Möglichkeit lebendig. Populismus kann mit dieser Form der Abgrenzung gegen andere am besten arbeiten. Die Feinderklärung ist deshalb so nützlich, weil sie nach innen eine negative Koalition schafft: alle gemeinsam gegen einen äußeren und auch gegen einen inneren Feind. Damit lässt sich Gemeinsamkeit am besten herstellen. Wenn man versuchen müsste, eine positive Koalition herzustellen, würde es kaum gelingen. Allenfalls gelingt das über abstrakte Seltsamkeiten wie Nation oder gar Rasse.

S.K.: Wer ist denn jetzt hier Deiner Ansicht nach dieser Feind, der die Kriminalität ins Zentrum der populistischen Politik befördert und sie auf diese Weise vorantreibt? Da gibt es doch Grenzen, wie z.B. in der Jugendkriminalität. Die meisten Leute haben Kinder und sehen es sehr ungern, wenn sie hohe Geldstrafen für deren Drogenkonsum bezahlen müssen oder gar selbst ins Gefängnis wandern, wenn ihre Kinder die Schule schwänzen. Klar, es gibt die Feindbilder, die meist mit relativ seltenen Delikten verbunden sind, das ist nicht neu. Bestimmte Formen von Sexualdelikten gehörten immer dazu. Du hast z.B. den Straßenraub genannt.

H.S.: Den Straßenraub habe ich als Beispiel dafür gewählt, wie eine Erfahrung entsteht, die man dann dafür verwenden kann, eine Kriminalitätspanik zu erzeugen. Ein soziales Ereignis, das öfter auftritt und das Leute von sehr unterschiedlichem Status in einer feindseligen Interaktion zusammenbringt, hat eben eine sehr hohe Chance, dass es von der statushöheren Person als „anzeigbar“ wahrgenommen wird. Mugging – Straßenraub erfüllt diese Bedingung ausgezeichnet. Selbst wenn es nur so etwas wie aggressives Betteln ist oder ein Männlichkeitstest, und das war es in meiner Untersuchung selbst in New York meistens, ist es von vielen Leuten als sehr bedrohlich erlebt und als Hinweis auf eine grundlegende Unordnung der Gesellschaft interpretiert worden. Das kann dann von einer populistischen Politik verwendet werden, die darauf aufbaut, eine Kriminalitätspanik zu erzeugen, weil das die Evidenz ist, auf die sie sich berufen kann. Auf der anderen Seite ist sehr offensichtlich, was besonders bei uns als weitere Evidenz gilt: Das ist schlicht das Vorhandensein von fremdländisch aussehenden Personen oder bevorzugt von fremdländisch und arm aussehenden Personen. Nicht hierher gehörig und auch noch dazu offensichtlich mittellos, das lässt sich offenbar leicht als Zeichen von Unordnung interpretieren und dann in denselben Komplex integrieren, der Feinderklärungen mit Hilfe von Verbrechen und Strafe, also durch Kriminalität plausibel macht. Das ist in den 1980er Jahren geschehen, dass diese Erfahrung der Fremden mit Kriminalität verbunden wurde.

S.K.: Damit haben wir nun schon zwei Erfahrungsgrundlagen, auf die sich die populistische Politik stützen kann. David Garland hält die Kriminalitätserfahrung für ganz entscheidend.

H.S.: Ich muss wahrscheinlich dazu sagen, dass die Art, wie Fremde behandelt werden – auch vom Staat – ein besonders starkes Beispiel für soziale Ausschließung ist. Die soziale Ausschließung durch Nationalität, den falschen oder richtigen Pass zu haben, ist die zentrale Figur von sozialer Ausschließung. Das soll man hier wirklich festhalten, dass soziale Ausschließung zunächst einmal staatlich organisiert wird. Es ist dieses schlichte Mittel der Nationalität mit allen ihren Privilegierungen und Entprivilegierungen bis hin zur Rechtlosigkeit, die damit verbunden sind. Jedenfalls hier in Mitteleuropa, wo man provinziell an fremde Gesichter lange nicht gewöhnt war, hat diese Erfahrung eine große Rolle gespielt. Sie ist ja von den Rechtspopulisten ohnehin explizit verwendet worden, und die anderen Populisten haben dem wenig entgegenzusetzen gehabt oder gar versucht, sie noch zu überholen. Was übrigens ein guter Beleg dafür ist, dass sich offensichtlich niemand mehr diesem populistischen Sog entziehen konnte.

S.K.: Wenn ich das mit meinen Beobachtungen in England in den letzten drei Jahren vergleiche, kann ich nur feststellen, dass die Verhältnisse in Deutschland anders sind. Einen punitiven Populismus wie dort gibt es in Deutschland nicht.

H.S.: Von Ausnahmen abgesehen wie Hamburg oder dem ersten Wahlkampf von Koch in Hessen oder den Asylgesetzen ...

S.K.: Ich sehe da eine grundlegend andere Beziehung zwischen Politik, Populismus und Kriminalität. Politiker wie Schill stürzen ab, weil sie das, was sie versprechen, nicht liefern können. Jeder Politiker in Deutschland weiß, dass Kriminalpolitik eine langwierige Sache ist, und der Erfolg nicht gerade garantiert. In Großbritannien und in den USA gibt es ganz andere Möglichkeiten und Beziehungen zwischen Politik, Kriminalität und Medien, auch aufgrund der institutionellen Struktur.

H.S.: In England bestehen halt mit dieser unglaublich starken Boulevardpresse und ihrer Bedeutung wirklich andere Möglichkeiten als in Deutschland mit der Bild-Zeitung und in Österreich mit der Kronen-Zeitung.

S.K.: Das ist nicht nur die Presse. Der wichtigere Punkt scheint mir zu sein, dass in Deutschland und wahrscheinlich auch in Österreich kein Politiker das Strafrecht einfach ändern kann. Wenn dagegen in England ein Innenminister sagt, der Raub eines Handys auf der Straße sollte mit Gefängnis nicht unter fünf Jahren bestraft werden, dann verhängt ein Magistrate Court das drei Tage später. Es gibt offensichtlich eine Gnade der Langsamkeit im föderalen und demokratischen Prozess, der es dem punitiven Populismus etwas schwerer macht.

H.S.: Das habe ich selber so in einem Aufsatz analysiert, in dem es darum ging, ob die amerikanische Kriminalpolitik nach Europa zu übertragen ist.

S.K.: Und zu welchem Schluss bist Du gekommen?

H.S.: Ich habe Argumente zusammengetragen, warum das nicht geht.

S.K.: Warum nicht?

H.S.: Da ist zunächst einmal schlicht das Beamtenrecht. Die ganze New Yorker Geschichte um Zero Tolerance war ja in erster Linie eine radikale Organisationsreform, die in dieser Form weder in Deutschland noch gar in Österreich durchzuführen ist, weil einfach das Beamtenrecht dagegen steht. Damit haben wir Traditionen, die durchaus nützlich sind, auch wenn man sie sonst für tief konservativ hält. Aber in manchen Zusammenhängen zeigt sich dann doch, dass es durchaus vorteilhaft ist, wenn so rasche und durchgreifende Modernisierungen nicht möglich sind. Mich hat dabei in erster Linie der Widerstand innerhalb des Apparates hier zu Lande interes-

siert. Die Politiker haben gerne von Zero Tolerance geredet, aber innerhalb des Apparates war von Anfang an klar, dass das nur etwas für große Reden nach draußen war, und dass man das tatsächlich weder wollen noch zulassen würde. Möglicherweise aus dem schlichten Grund, weil es mehr Arbeit machen oder weil man damit eine ganze Hierarchie-Ebene rausschießen würde. Das läuft bei uns nicht.

Man muss die Strukturen von Politik und Verwaltung wirklich sehr genau berücksichtigen. Ich würde trotzdem behaupten, dass unabhängig von solchen Unterschieden, die man sich sehr genau anschauen muss, das Grundelement der populistischen Struktur der Politik recht durchgängig ist und jedenfalls für Europa und die USA – mit Abstufungen versteht sich – im Grundsatz in gleicher Weise gilt. Politiker verwenden in gleicher Weise das Thema Kriminalität in starken Sprüchen, während die praktische Durchsetzung von den Verwaltungsstrukturen gebremst wird. Daher hoffe ich, dass wir die Art von Kriminalpolitik, wie sie die USA in den letzten 20 Jahren gemacht haben, hier wirklich nicht kriegen können. Ebenso, dass es keine Frage der Verzögerung ist, was wir ja immer gern annehmen, sondern tatsächlich eine der strukturellen Unverträglichkeit und Unmöglichkeit. Bei uns hat sich dieser ganze Schub, der natürlich mit der Produktionsweise zusammenhängt, halt in kleinen oder mittleren Erhöhungen der Gefangenenrate niedergeschlagen, aber er kann nicht in die Extreme gehen, die in den USA möglich sind.

S.K.: Hat der Staat seinen Wohlfahrtskontrakt mit den Bürgern gebrochen und bietet statt dessen einen Sicherheitskontrakt an?

H.S.: Das war ein Versuch in dem Spiel, in dem es tatsächlich schlicht um Ausgabenreduktion und Sozialstaatsreduktion gegangen ist. Dem gegenüber ist das Versprechen von Sicherheit, von dem wir alle wissen, dass es nicht einlösbar ist, geradezu preiswert.

S.K.: So ganz billig kann es nicht sein. Die Ausschließungspolitik und die hohen Gefangenzahlen in den USA kosten sehr viel Geld.

H.S.: Das ist das Gegenregulativ, das jetzt dort anfängt zu greifen. Inzwischen sagen selbst konservative Gouverneure, das kostet zu viel, wir müssen da wieder runter. In einzelnen Staaten hat das zu einem Rückgang geführt. Die Politik ist nicht mehr so ungebrochen, aber sie ist, weil inzwischen eine private Gefängnis-Industrie entstanden ist, nicht mehr so leicht zurückzuholen. Das ist eine Wirtschaftsmacht, und man kann sie genauso wenig abschaffen wie bei uns die Bauindustrie, die darauf besteht, dass weiter Autobahnen gebaut werden.

S.K.: Das beruhigt mich ja doch: Vor die Wahl gestellt würdest Du sicher eher die Gefängnisse als die Kriminologie abschaffen. Als Fazit aus dem Gespräch nehme ich mit, dass Du als ausgewiesener Nicht-Kriminologe dem Fach als führender De-Konstrukteur auch in Zukunft verbunden bleiben wirst.

Johann Wolfgang Goethe-Universität, Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse, Robert-Mayer-Straße 5, 60054 Frankfurt am Main, Email: devianz@soz.uni-frankfurt.de